

Holocaust-Gedenkstätte

Berliner Lehrer sollen in Yad Vashem fortgebildet werden

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern hat Berlin noch kein Kooperationsabkommen. Der Senat will das 2017 nachholen.

Von Andreas Abel
07.11.2016, 07:17

Die Senatsbildungsverwaltung bereitet einen regelmäßigen Austausch mit Yad Vashem in Israel vor, der bedeutendsten Einrichtung, die an die systematische Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten erinnert und sie wissenschaftlich aufarbeitet. Ziel der Zusammenarbeit ist ein Kooperationsabkommen zwischen dem Berliner Senat und der "International School for Holocaust Studies (ISHS)" in Yad Vashem.

Mit dieser Vereinbarung soll vor allem die Weiterbildung von Lehrern und anderen Angestellten im öffentlichen Dienst geregelt werden. Das Kooperationsabkommen soll im kommenden Jahr unterzeichnet werden, sagte Thorsten Metter, Sprecher der Bildungsverwaltung, der Berliner Morgenpost. Im Mai dieses Jahres wurde erst durch einen Bericht der Berliner Morgenpost öffentlich, dass ein solches Abkommen im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern in Berlin bisher nicht abgeschlossen wurde.

Erste Vorstellungen wurden bereits ausgetauscht

Es habe ein Treffen im September gegeben, an dem unter anderem Richelle Budd Caplan, Direktorin der Europa-Abteilung der ISHS, **Elke Gryglewski, stellvertretende Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte "Haus der Wannsee-Konferenz"**, sowie Thomas Gill, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, und leitende Mitarbeiter der Bildungsverwaltung teilgenommen hätten, so Metter. Bei diesem Gespräch seien die Absicht zur Kooperation bekräftigt und erste Vorstellungen ausgetauscht worden. Zudem sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Diese habe bereits mehrfach getagt, zuletzt am 26. Oktober. "Wir sehen es auf einem sehr guten Weg", so der Verwaltungssprecher.

In dieser Arbeitsgruppe würden die nächsten konkreten Schritte und Zeitpläne besprochen. Wichtig sei die Ausgestaltung der Vertragsinhalte, zum Beispiel zu Vor- und Nachbereitungsangeboten für Lehrer, die sich an einer Fortbildung an der International School for Holocaust Studies beteiligen, sagte Metter. Nächstes Jahr solle zunächst eine Gruppe mit 20 Teilnehmern nach Yad Vashem fahren, das Seminar werde voraussichtlich zehn Tage dauern. Zudem soll ein Netzwerk aufgebaut werden, nicht nur für die Verbindung der Weiterbildungsteilnehmer untereinander. Es soll vor allem ermöglichen, deren gewonnene Erfahrungen und Kompetenzen auch anderen Lehrern in Seminaren zugänglich zu machen.

Um den Austausch mit Yad Vashem zu effektivieren, will die Bildungsverwaltung regionale Partner einbinden und mit ihnen ebenfalls Kooperationsverträge abschließen. Das werden voraussichtlich das Haus der Wannsee-Konferenz und die Landeszentrale für politische Bildung sein. Die Gedenk- und Bildungsstätte am Großen Wannsee pflegt bereits enge Kontakte mit Yad Vashem. Eine Kooperation mit der Landeszentrale ermögliche es, das Angebot der Fortbildung auch außerschulischen Trägern zukommen lassen zu können, erläuterte Thorsten Metter. Eine Reihe von Trägern der politischen Bildung

arbeite seit Jahren im Bereich deutsch-israelischer Begegnungen und der Erinnerungsarbeit erfolgreich mit Berliner Schulen zusammen. Ein gemeinsames Fortbildungsangebot könne dazu beitragen, diese Kooperationen zu fördern und zu vertiefen.

Eine Zusammenarbeit mit der International School for Holocaust Studies in Jerusalem sei sinnvoll und wichtig, weil sie eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust ermögliche, betonte der Verwaltungssprecher. Unterrichtsmaterial sowohl für die Nutzung im schulischen als auch im außerschulischen Kontext, etwa in der Gedenkstättenarbeit, könne erarbeitet werden.

"Deutschland und Israel bauen ein neues Vertrauensverhältnis auf, geprägt von Respekt, Verantwortung und gemeinsamen Werten", sagt Avner Shalev, seit 1993 Vorsitzender der Gedenkstätte Yad Vashem. Man habe ein Programm gestartet, das von großer Bedeutung sei, um die nächsten Generationen zu erreichen, denn die Zeitzeugen würden weniger. Zentrales Element des Programms ist die Weiterbildung von Lehrern und anderen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, etwa Polizisten oder Richter. Elf der 16 deutschen Bundesländer haben bereits Kooperationsabkommen mit der International School for Holocaust Studies abgeschlossen. Berlin und Brandenburg gehören bislang nicht dazu, ebenso wie Bremen, das Saarland und Sachsen-Anhalt – obwohl 2013 eine gemeinsame Absichtserklärung von Yad Vashem und der deutschen Kultusministerkonferenz (KMK) unterzeichnet wurde.

Als Recherchen der Berliner Morgenpost im Frühjahr ergaben, dass in Berlin bislang kein Kooperationsabkommen mit der ISHS zustande gekommen ist, zeigte sich die Senatskanzlei überrascht. Angesichts der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Israel auf vielen anderen Gebieten war der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) erstaunt, dass gerade eine grundsätzliche Vereinbarung mit der Schule für Holocaust-Studien fehlt. Die Bildungsverwaltung konnte letztlich nicht erklären, warum das so ist. In der Leitungsebene sei das bis dahin nicht thematisiert worden, sagte Sprecher Thorsten Metter der Berliner Morgenpost im Mai. Er versprach damals aber: "Wir werden auf Yad Vashem zugehen." Das ist geschehen.